

*Betreff:***Berichtswesen für den Fachbereich Soziales und Gesundheit;
Berichtszeitraum 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014***Organisationseinheit:*

Dezernat V

50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

19.11.2015

Beratungsfolge

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

01.10.2015

Status

Ö

Sachverhalt:

In der Anlage wird der Bericht für den Teilhaushalt Fachbereich Soziales und Gesundheit über den Berichtszeitraum 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 zur Kenntnis gegeben.

Dr. Hanke

Anlage/n:

Jahresabschlussbericht 2014

Teil-Ergebnisrechnung

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2014 mehr (+) / weniger (-) zum Vorjahr		Ansatz 2014	Ausschöpf- ung vom Ansatz	Abweichung (+) = besser (-) = schlechter (o) = im Rahmen
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	%	Tsd. Euro	%	
1	2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge							
01 Steuern und ähnliche Abgaben	5.462	6.119	+658	+12,0	6.200	98,7	(o)
02 Zuwend. und allg. Umlagen, außer f. Inv.	18.132	16.509	-1.623	-8,9	16.848	98,0	(-)
03 Auflösungserträge aus Sonderposten	8	8			7	107,6	(o)
04 Sonstige Transfererträge	7.048	8.351	+1.304	+18,5	7.246	115,3	(+)
05 Öffentl.-rechtl. Entgelte, außer f. Inv.	1.527	1.716	+189	+12,4	1.316	130,4	(+)
06 Privatrechtliche Entgelte	14	5	-10	-66,8			
07 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	82.655	82.888	+233	+0,3	84.418	98,2	(-)
08 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	3	2		-12,0			
09 Aktivierte Eigenleistungen							
10 Bestandsveränderungen							
11 Sonstige ordentliche Erträge	147	1	-146	-99,2			
12 Summe Ordentliche Erträge	114.996	115.601	+605	+0,5	116.035	99,6	
Ordentliche Aufwendungen							
13 Aufwendungen für aktives Personal	22.687	21.988	-699	-3,1	20.920	105,1	(-)
14 Aufwendungen für Versorgung	3.030	3.044	+15	+0,5	2.989	101,9	(o)
15 Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	626	772	+146	+23,4	1.013	76,2	(+)
16 Abschreibungen	671	530	-141	-21,0	155	341,7	(-)
17 Zinsen und ähnliche Aufwendungen							
18 Transferaufwendungen	98.780	101.236	+2.456	+2,5	101.991	99,3	(o)
19 Sonstige ordentliche Aufwendungen	64.360	63.848	-512	-0,8	64.282	99,3	(o)
20 Summe Ordentliche Aufwendungen	190.153	191.418	+1.265	+0,7	191.350	100,0	
21 Summe Ordentliches Ergebnis	-75.157	-75.817	-660	-0,9	-75.315	100,7	
Außerordentliches Ergebnis							
22 Außerordentliche Erträge	281	139	-143	-50,7	10	1.387,6	(+)
23 Außerordentliche Aufwendungen	53	30	-23	-43,1			
24 Außerordentliches Ergebnis	228	109	-120	-52,5	10	1.085,3	
25 Gesamtergebnis (ohne ILV)	-74.929	-75.709	-780	-1,0	-75.305	100,5	
Interne Leistungsbeziehungen -ILV-							
26 Erträge aus ILV	80	81	+1	+1,1	89	90,2	(o)
27 Aufwendungen aus ILV	2.003	1.964	-39	-1,9	2.022	97,2	(o)
28 Saldo internen Leistungsbezieh.	-1.923	-1.884	+40	+2,1	-1.933	97,5	
29 Ergebnis unter Berücksicht. interner Leistungsbez.	-76.853	-77.593	-740	-1,0	-77.238	100,5	

Teil-Finanzrechnung

Einzahlungen und Auszahlungen	2013	2014	Mehr (+) / weniger (-) zum Vorjahr		Ansatz 2014	Ausschöpf- ung vom Ansatz	Abweichung (+) = besser (-) = schlechter (o) = im Rahmen
			Tsd. Euro	Tsd. Euro			
1	2	3	4	5	6	7	8
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigk.	117.700	112.986	-4.714	-4,0	116.037	97,4	(-)
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigk.	183.986	182.172	-1.814	-1,0	187.881	97,0	(+)
Saldo aus laufender Verwaltungstätigk.	-66.286	-69.186	-2.900	-4,4	-71.843	96,3	
Einzahlungen für Investitionstätigk.	2		-2	-100,0	0		
Auszahlungen für Investitionstätigk.	89	60	-29	-32,9	92	65,0	(o)
Saldo aus Investitionstätigk.	-87	-60	+27	+31,0	-92	65,0	
Veränderung Bestand an Zahlungsmitteln	-66.373	-69.246	-2.873	-4,3	-71.936	96,3	

Kommentierung Teil-Ergebnisrechnung

02 Zuwend. und allg. Umlagen, außer f. Inv.

Mindererträge ergaben sich in Höhe von rd. 0,11 Mio. Euro bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft und Heizung wegen unerwartetem Aufwandsrückgang Ende 2014; außerdem in Höhe von rd. 0,19 Mio. Euro im Zuge der sukzessiven Auflösung der Stabsstelle Beschäftigungsförderung und in Höhe von 0,04 Mio. Euro durch die Einstellung des Seniorenservicebüros – jeweils verbunden mit geringerem Personal- und Sachkostenaufwand.

04 Sonstige Transfererträge

Mehrerträge entstanden beim Sozialhilfeetat in Höhe von 0,7 Mio. Euro aus Rückzahlungen in Vorjahren zu viel gezahlter Krankenkassenbeiträge für Heimbewohner, 0,3 Mio. Euro wegen unerwartet hoher Darlehens- und anderer Sozialhilferückzahlungen, 0,1 Mio. Euro bei der Mietschuldenbearbeitung SGB II aufgrund höherer Aufwendungen. Weitere 0,3 Mio. Euro Mehrerträge, korrespondierend mit gleichen Mehraufwendungen, entstanden durch die aus Abrechnungsgründen notwendige und Anfang 2014 EDV-technisch mögliche Umsetzung des Bruttoprinzips bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für Leistungsbezieher in Einrichtungen, die gleichzeitig Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen erhalten. Zuvor wurde netto auf der Aufwandsseite gebucht. Mindererträge bei Wohngeldrückzahlungen von rd. 0,3 Mio. Euro entstanden, weil sich die Erwartungen aus dem Sozialdatenabgleich nicht wie geschätzt erfüllten.

05 Öffentl.-rechtl. Entgelte, außer f. Inv.

Mehrerträge entstanden aus Benutzungsgebühren im Bereich der Wohnungsloseneinrichtungen aufgrund des Anstiegs der Belegungszahlen (0,15 Mio. Euro) und aus Verwaltungsgebühren für Untersuchungen aufgrund der dramatisch gestiegenen Asylbewerberzahlen (0,25 Mio. Euro).

07 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Mindererträge korrespondierend mit geringeren Nettoaufwendungen in annähernd gleicher Höhe sind bei der Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung (0,85 Mio. Euro) und beim Wohngeld (0,37 Mio. Euro) zu verzeichnen. Die Nettoaufwendungen der Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung sind wie in den Vorjahren insbesondere außerhalb von Einrichtungen gestiegen, erreichten aber insgesamt u. a. durch die Einmaleffekte auf der Ertragsseite für Leistungsbezieher in Einrichtungen (Erstattung überhöhter Krankenversicherungsbeiträge ab 2009 etc.) nicht ganz das veranschlagte Volumen. Beim Wohngeld waren die Empfängerzahlen stärker als erwartet rückläufig. Eine deutliche Steigerung ist aus der Wohngeldnovelle 2016 zu erwarten. Weitere Mindererträge von 0,24 Mio. Euro entstanden bei der Landesabgeltung der aus Sozialhilfemitteln zu zahlenden Investitionsfolgekostenförderung für stationäre Dauerpflege. Die Verteilung erfolgt anhand der Vorjahresergebnisse aller Kommunen Niedersachsens. Diese sind uns im Voraus nicht bekannt. Außerdem war die Erstattung des Jobcenters Braunschweig für Personalkosten der dort eingesetzten städtischen Mitarbeiter 0,2 Mio. Euro geringer als veranschlagt. Mehrerträge von 0,14 Mio. Euro wurden hingegen korrespondierend mit höheren Sachaufwendungen für die Gesundheitsförderung erzielt.

13 Aufwendungen für aktives Personal

Die Abweichungen entstehen im Wesentlichen durch Mehraufwendungen bei der Zuführung zu den Personalrückstellungen. Da im Jahr 2014 bereits die Besoldungsanpassungen für 2015 und 2016 beschlossen und öffentlich bekannt gemacht wurden, wurden beide Besoldungsanpassungen bei den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen 2014 berücksichtigt.

15 Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen

Minderaufwendungen entstanden bei diversen Ansätzen in verschiedenen Bereichen – u. a. bei baulichen Instandhaltungen (Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt). Sie wurden größtenteils zur Deckung von Mehraufwendungen an anderer Stelle benötigt (z.B. Serviceleistungen des Gebäudemanagements für den Bereich Wohnungsloseneinrichtungen) bzw. zur Kompensation von Mindererträgen.

16 Abschreibungen

Die Abweichungen entstehen durch Abschreibungen auf Forderungen (Niederschlagungen), die nicht geplant werden.

18 Transferaufwendungen

Die Minderaufwendungen sind hauptsächlich beim Wohngeld (0,7 Mio. Euro) und bei den Bildungs- und Teilhabeleistungen BKGG (0,3 Mio. Euro) zu verzeichnen - mit in annähernd gleicher Höhe geringeren Erstattungen. Die Wohngeldempfängerzahl war stärker als erwartet rückläufig. Eine deutliche Steigerung ist aus der Wohngeldnovelle 2016 zu erwarten. Bei den Anspruchsberechtigten für Bildungs- und Teilhabeleistungen BKGG handelt es sich zu einem großen Teil um Wohngeldberechtigte. Mehraufwendungen von 0,3 Mio. Euro entstanden hingegen im Zuge der zum Jahresbeginn 2014 EDV-technisch möglichen und für die Abrechnung mit dem Land notwendigen Umsetzung des Bruttoprinzips bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für Leistungsbezieher in Einrichtungen, die gleichzeitig Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen erhalten. Zuvor wurde netto auf der Aufwandsseite gebucht.

19 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Im Wesentlichen entstanden Minderaufwendungen von 0,4 Mio. Euro bei den Kosten der Unterkunft und Heizung sowie kommunalen Beihilfen und Darlehen SGB II aufgrund unerwarteter Aufwandsrückgänge im letzten Quartal 2014 und weitere 0,4 Mio. Euro bei den Kopfpauschalen nach dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz – wegen der unterschiedlichen Rechnungslegung der diversen Krankenkassen ist das jährliche Volumen im Voraus nicht abzuschätzen. Dem gegenüber stehen u.a. Mehraufwendungen von 0,1 Mio. Euro bei den Transferleistungen Bildungs- und Teilhabepaket SGB II aufgrund der hier noch stärker als angenommen weiter gestiegenen Inanspruchnahme und 0,3 Mio. Euro Erstattungen an das Gebäudemanagement für Mieten etc. wegen Nachberechnungen für Vorjahre.

22 Außerordentliche Erträge

Auf diesem Sachkonto werden Zu- und Abgänge auf in Vorjahren entstandene Forderungen (z. B. Sozialhilfe- bzw. Darlehnsrückforderungen) gebucht. Das finanzielle Volumen steht wegen der Vielzahl unterschiedlicher Einzelforderungen im Voraus nicht fest.

Kommentierung Teil-Finanzrechnung

Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigk.

Siehe Kommentierungen zur Teil-Ergebnisrechnung.

Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigk.

Siehe Kommentierungen zur Teil-Ergebnisrechnung.

Kennzahlen zu den wesentlichen Produkten

Wesentliches Produkt

Kennzahl	Dimension	Berechnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Plan 2014	Abweichung *)
						*) (+) höher, (-) niedriger, (o) im Rahmen
1.31.3111 - Hilfe zum Lebensunterh. (3.Kap.SGB XII)						
Personen HLU a.v.E		Durchschnitt	473,0	482,0	410,0	(+)
1.31.3112 - Hilfe zur Pflege (7. Kap. SGB XII)						
Ambulante Hilfe zur Pflege	Fälle	Durchschnitt	234,0	217,0	260,0	(-)
Stationäre Hilfe zur Pflege	Fälle	Durchschnitt	1.037,0	1.048,0	1.040,0	(o)
1.31.3113 - Eingliederungshilfe für behind. Menschen						
Eingliederungshilfe	Fälle	Durchschnitt	3.061,0	3.114,0	3.040,0	(o)
1.31.3114 - Hilfen zur Gesundheit						
GMG-Fallzahlen		Durchschnitt	325,0	306,0	300,0	(o)
1.31.3116 - Grundsicher. i. Alt. u. b. Erwerbsmind.						
Personen Grundsicherung a.v.E.		Durchschnitt	3.162,0	3.385,0	3.250,0	(o)
1.31.3121.10 - Leistungen für Unterkunft und Heizung						
Bedarfsgemeinschaften SGB II		Durchschnitt	12.301,0	11.947,0	12.050,0	(o)
1.31.3122.10 - Eingliederungsleistungen						
Bedarfsgemeinschaften SGB II		Durchschnitt	12.301,0	11.947,0	12.050,0	(o)

Kommentierung zu den Kennzahlen:

1.31.3111 - Hilfe zum Lebensunterh. (3.Kap.SGB XII)

Personen HLU a.v.E

Bei der HLU handelt es sich vor allem um "durchlaufende" Leistungsbezieher, deren Hilfebewilligungszeitraum und Fluktuation von Entscheidungen anderer Institutionen (Medizinischer Dienst, Rententräger etc.) abhängt. Die Gesamtfallzahl ist hier verhältnismäßig klein. Geringe Fallzahlveränderungen wirken sich dadurch prozentual stärker aus.

1.31.3112 - Hilfe zur Pflege (7. Kap. SGB XII)

Ambulante Hilfe zur Pflege

Aufgrund der im Gesamtjahr 2013 verhältnismäßig vielen Todesfälle, verbesserten Leistungen der Pflegeversicherung und einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Neuanträgen hatte sich die Fallzahl verringert. Zum Zeitpunkt der Planung der Kennzahlen konnte nicht von einem so starken Rückgang der Fallzahlen ausgegangen werden. Zur Zeit halten sich die Abgänge und Neuzugänge in Waage.

Maßnahmen zu den wesentlichen Produkten

Produkt 1.31.3113 - Eingliederungshilfe für behind. Menschen

Maßnahme(n) zur Erreichung der Produktziele:

Maßnahme: Umstellung auf Gewährung von passgenauen und zielgerichteten Hilfen im Einzelfall, u. a. durch Anwendung des Hilfeplanverfahrens
Nr. 1

Erreichung des Maßnahmenziels:

Plan: Dämpfung des Kostenanstiegs pro Fall unterhalb der Inflationsrate

Ist:

IST-Aufwendungen pro Fall HJ 2013: 15.754,67 €
IST-Aufwendungen pro Fall HJ 2014: 15.137,08 €

Aufwendungen pro Fall ==> - 3,92 %.

Durchschnittliche Inflationsrate in Jahr 2014 = + 0,9 %.

Kommentierung: Das Planziel wurde unter anderem durch die Vermeidung von Höherstufung im Rahmen der Teilhabeplanverfahren deutlich erreicht.

Hinweis: Der Begriff "Hilfeplanverfahren" wurde zwischenzeitlich durch den Begriff "Teilhabeplanverfahren" abgelöst.